



Emotionaler, aber friedlicher Protest: Vor dem Rathaus machen Gegner der Flächennutzungsplanänderung mit Plakaten und Grablichtern in der Hand ihrem Unmut Luft. FOTOS: ANDREAS GÖTTE

Unmut in Lichtenau wächst

Rund 300 Bürger übergeben Einwände gegen den Windenergieausbau

VON ANDREAS GÖTTE

■ **Lichtenau.** Grablichter als Symbol für den stillen Protest, Plakate und eine Menge von Einwänden gegen den geplanten neuen Flächennutzungsplan zur Erweiterung von Windvorranggebieten – einen Tag vor Ende der Einspruchsfrist machten rund 300 Menschen aus dem Lichtenauer Stadtgebiet und Dörenhagen vor dem Rathaus auf ihre Sorgen aufmerksam.

Der Tenor der Bürger, fast ganz Grundsteinheim war gestern auf den Beinen, war eindeutig: Die Stadt hat einen rechtsgültigen und nicht beklagten Flächennutzungsplan. Deshalb soll die Verwaltung vom neuen Plan Abstand nehmen.

Andreas Kröger machte deutlich, dass die Bürger nicht gegen die Windenergie oder Investoren und Landbesitzer seien. Man wolle nur ein Zeichen gegen den neuen Flächennutzungsplan setzen. „Unser Ort wird von Windenergieanlagen



Bekommen einen Korb: Jörg Altemeier (v. l.), Franz-Josef Manegold und Bürgermeister Josef Hartmann mit einem Teil der Einwände.

umzingelt, unsere Stimmung ist bedrückt“, sagte der Grundsteinheimer Michael Schonlau. Unter ganz viel Applaus verlangte er, auch den Menschen und nicht nur der Windenergie substanziiell Raum zu geben. Schonlau forderte eine Vergrößerung der Sichtschneise und

eine Gleichbehandlung aller Interessen im Stadtgebiet.

Norbert Schreiber aus Dörenhagen appellierte an Bürgermeister Josef Hartmann, sich genügend Zeit zu lassen, weil es ja bereits einen rechtsgültigen Bebauungsplan gebe. „Unsere Heimat muss lebenswert blei-

ben“, so Schreiber. Ulrike Steinhagen verwies auf den Umweltbericht und forderte daraus folgernd einen Schutz für Mensch, Tier und Landschaft. „Verwerfen Sie den Plan“, so Steinhagen.

Das Gesagte wollte Bürgermeister Josef Hartmann nicht kommentieren. Er hatte extra Termine verschoben, um am Rathaus dabei zu sein. Er versprach, alle Eingaben nach den gesetzlichen Vorgaben zu behandeln und sachgerecht abzuwägen. Oberstes Ziel bleibe jedoch die Rechtssicherheit, damit es später nicht zu einem Wildwuchs von Anlagen komme.

Anton Keiter und seine Familie hat vor allem Angst vor den Auswirkungen durch Infraschall. Diese hätten bereits Krankenkassen anerkannt. Zudem brächten hundert Windenergieanlagen der Stadt umgerechnet Steuereinnahmen von nur fünf Cent pro Bürger und Tag. Der Grundsteinheimer berief sich im Gespräch mit der NW auf eine Aussage des Bürgermeisters.